

Regierung will NAV-Haushalt aufheben

Hauswirtschaft Der Thurgauer Regierungsrat lehnt die Verlängerung des Normalarbeitsvertrags (NAV) für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft ab und fordert erneut dessen Aufhebung. Wie er in seiner Vernehmlassungsantwort schreibt, sieht er die gesetzlichen Voraussetzungen dafür nach wie vor als nicht gegeben. Hauptprobleme bei diesen Arbeitsverhältnissen seien die Arbeitszeit und die Entschädigung der Präsenzzeit. In diesem Punkt fehle trotz Forderung der Kantone eine schweizweit gültige, klärende Regelung.

Seit dem 1. Januar 2011 gilt für Hausangestellte in Privathaushalten die Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft, der verbindliche Mindestlöhne vorsieht. Ursprünglich wurde der NAV-Haushalt für eine Dauer von drei Jahren bis 31. Dezember 2013 erlassen. Der Bundesrat verlängerte ihn anschliessend zweimal um je drei Jahre. Nun soll er erneut um weitere drei Jahre verlängert werden. Gleichzeitig sollen per 1. Januar 2020 die Mindestlöhne angepasst werden.

Der Regierungsrat lehnt die Verlängerung des NAV-Haushalts ab und beantragt wie schon bei den vorhergehenden Vernehmlassungen dessen Aufhebung. Er bleibt bei seiner Ansicht, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für den NAV-Haushalt nicht gegeben sind. So sei nicht ausreichend nachgewiesen, dass orts- und branchenübliche Löhne missbräuchlich unterboten würden.

Schon zuvor hat der Regierungsrat angeregt, die Datenlage betreffend Arbeitsverhältnisse in der Hauswirtschaft zu verbessern. Das ist jedoch nicht geschehen. Die vorliegende Datenlage vermag es aus Sicht des Regierungsrates auch heute nicht zu rechtfertigen, den NAV-Haushalt weiterzuführen. Die Zuwanderung sei abnehmend und die Verstossquote in der Hauswirtschaft habe trotz intensiver Kontrollen durch die Kantone in den vergangenen Jahren stetig abgenommen. Auch die Begründung des Bundes, die Zahl der betreuungsbedürftigen Betagten in der Schweiz nehme zu, hält der Regierungsrat nicht für stichhaltig. Bei 24-Stunden-Betreuungen in einem Haushalt stehe nicht der Stundenlohn im Fokus. Die Hauptprobleme bei diesen Arbeitsverhältnissen seien die Arbeitszeit und die Entschädigung der Präsenzzeit. (red)

Schweiz wird digital – aber langsam

Felix Kamer von Huawei zeigt auf, wo die Schweiz bei der Digitalisierung steht. Politiker sind zurückhaltend.

Christof Lampart

Die Schweiz habe in Sachen Digitalisierung Nachholbedarf, erklärte Felix Kamer an der Wega. Der Senior Vice President des chinesischen Telekommunikationsausrüster Huawei hielt am Samstagmittag auf Einladung des Vereins Smarter Thurgau ein Referat. Nach seinen Inputs diskutierte er gemeinsam mit Thurgauer Politikern über das Thema Digitalisierung. Philipp Landmark leitete das Podium mit Ständerätin Brigitte Häberli (CVP), den Nationalrätinnen Diana Gutjahr (SVP) und Edith Graf-Litscher (SP), Nationalrat Hansjörg Brunner (FDP) sowie dem Leiter des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit, Daniel Wessner.

In seinem Referat erklärte Felix Kamer, dass in der Wirtschaftssonderzone Shenzhen, wo Huawei zu Hause ist, alles deutlich schneller vorangehe als in der Schweiz. Digitale Einkaufshops für die Dinge des Alltags und eine Armee an E-Scooter-Fahrern, die abends den Kunden das Essen nach Hause bringt, seien «absolut normal», so Kamer. Die Digitalisierung ermögliche beim Einkaufen enorme Produktivitäts- und Effizienzgewinne. Der Experte sagte: «Die Transaktionskosten für das bargeldlose Bezahlen betragen in China ein Zehntelprozent; hier in der Schweiz zwei Prozent.»

Während die Schweiz in Sachen IT-Infrastruktur zu den fortschrittlichsten Nationen ge-



Sie sprachen über die Chancen und Risiken einer digitalisierten Gesellschaft: Moderator Philipp Landmark, Diana Gutjahr, Edith Graf-Litscher, Hansjörg Brunner, Daniel Wessner und Felix Kamer. Bild: Christof Lampart

höre, liege sie beim E-Government weit hinten. E-Government ist die Durchführung von Prozessen, die zwischen staatlichen Institutionen und Bürgern mit der Hilfe von IT ablaufen.

Soll der Staat wirklich alles wissen?

Die Politiker am Wega-Podium räumten nach den Ausführungen von Kamer ein, dass die Schweiz sicher noch einiges an Verbesserungspotenzial in Sachen Digitalisierung habe. Sie teilten jedoch seine Euphorie über die Digitalisierung, wie sie in Shenzhen etabliert wurde, nur

«Heute bezahlen wir in erster Linie mit unseren Daten.»

Edith Graf-Litscher
SP-Nationalrätin

bedingt. Für Edith Graf-Litscher war klar, dass die Schweiz weiterhin in ihre digitale Infrastruktur investieren müsse. Sie warnte jedoch davor, allzu naiv im Umgang mit den eigenen Daten zu sein: «Denn heute muss sich jeder bewusst sein, dass wir nicht mehr in erster Linie mit Geld, sondern mit unseren Daten bezahlen.»

Diana Gutjahr sah zwar die wirtschaftliche Notwendigkeit zur Digitalisierung der Wirtschaft als gegeben an, doch riet sie privat zur Zurückhaltung bei der Abgabe der eigenen Daten. «Es ist eine Gratwanderung. Ich

selbst habe immer mehr Bedenken hinsichtlich der Daten, die im Internet präsent sind.»

Brigitte Häberli räumte ein, dass sie mit offenem Mund vor den chinesischen Leistungen punkto Digitalisierung stehe. Doch sei ein Vorgehen wie in China, wo der Staat beliebig über Landenteignungen und Zwangsumsiedlungen verfüge, in der Schweiz, dank der direkten Demokratie, undenkbar: «Wir müssen in Sachen Digitalisierung etwas tun, aber bei uns geht es langsamer, weil wir mit den Gesetzen vors Volk müssen – und das ist gut so.»

Bedarf an IT-Spezialisten wird explodieren

Daniel Wessner vom kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit wünschte sich, dass wir in der Schweiz möglichst rasch digital abstimmen können. Was den Arbeitsmarkt anbelange, so werde die Digitalisierung sowohl Arbeitsplätze schaffen, als auch welche vernichten.

Hansjörg Brunner erachtete es als wichtig, im Zeitalter der Digitalisierung genügend Arbeitskräfte zu haben, die Gesellschaft und Wirtschaft voranbringen könnten, weshalb er sich für einen vereinfachten Verbleib von ausländischen IT-Spezialisten nach deren Abschluss an einer Schweizer Hochschule aussprach. Für Felix Kamer ein Schritt in die richtige Richtung: «Schauen sie, dass sie genug IT-Spezialisten haben; der Bedarf an ihnen wird richtiggehend explodieren.»

Vorstoss für Schwulenrechte angeregt

Podium mit Politikerinnen und Politikern über die Situation von Schwulen und Lesben im Kanton Thurgau.

Die Ausgangslage – es ging um die Situation der Schwulen, Lesben, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI) im Thurgau – war zwar interessant, doch «zünden» tat das Podium in Frauenfeld nicht wirklich. Das dürfte vor allem daran gelegen haben, dass an dem von «Network», einem Verein rund um «Gay Leadership», organisierten Podium nur Politikerinnen und Politiker teilnahmen, welche für die Anliegen der Schwulen, Lesben-, Bi-, Trans- und Intersexuellen Verständnis zeigten. Eine gegnerische Position war nicht vorhanden, womit der Diskussion die «Würze» fehlte. Auch

der eine oder andere provokante Einschub des Moderators Stefan Millius vermochte keine Kontroverse zu lancieren. Es hätte sicherlich geholfen, wenn nicht nur im Publikum, sondern auch auf dem Podium LGBTI-Vertreter Platz genommen hätten. Doch auch hier: Fehlangeige.

Kann ein Label die Lösung sein?

Tatsächlich betonten alle die grossen Fortschritte, die in Sachen gesellschaftlicher Anerkennung der LGBTI-Szene in der Schweiz gemacht wurden. «Als ich vor 21 Jahren als Pfarrer

in Stein am Rhein ein schwules Paar traute, war dies ein Thema. Heute sind wir da schon viel weiter», so der Frauenfelder Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP). Nina Schläfli (SP) erklärte ihr Engagement für die LGBTI-Bewegung damit, dass «gesellschaftliche Anliegen mir schon immer wichtig waren». Klar, dass sich da auch der Grünliberale Reto Ammann nicht kontrovers äussern wollte: «Für mich ist es selbstverständlich, dass Ausgrenzungen gesellschaftlich kein Thema mehr sein dürfen». Allerdings hielt er nichts von der Einführung des «Swiss-LGBTI»-Labels für Fir-

men. «Es kann doch nicht sein, dass ich mich für so was labeln muss», so Ammann. Viel wichtiger sei der reale Einsatz für Akzeptanz und gegen Diskriminierung der LGBTI-Community am Arbeitsplatz und der Gesellschaft.

Rechtsfragen müssen zuerst geklärt sein

Der Arboner Stadtpräsident Dominik Diezi (CVP) erklärte, dass er als Richter viel mit Familienrecht-Fragen zu tun gehabt habe – und sich deshalb auch mit der «Ehe für alle» intensiv auseinandergesetzt habe und diese auch befürwortete. Für ihn

ist klar, dass die rechtliche Gleichstellung das Fundament sein müsse, auf dem die gesellschaftliche Akzeptanz dann aufbauen könne. Die Grüne Karin Bétrisey forderte die anderen Politiker in der Runde auf, «dass wir nun doch alle einen überparteilichen Vorstoss im Grossen Rat unternehmen sollten». Allerdings sollte dieser gut gemacht sein, weshalb es auch die Mitarbeit der LGBTI-Community brauche. «Teilt uns mit, was eure Anliegen und Bedürfnisse sind», so Kantonsrätin Bétrisey ans Publikum gewandt.

Christof Lampart